

Vom Wirtschaftsliberalismus zur Schutzzollpolitik ("Neomerkantilismus")

1. Maßnahmen

Als Reaktion auf die wirtschaftliche Entwicklung seit 1873 forderte vor allem die Schwerindustrie eine wirksame staatliche Schutzzollpolitik. Dieser Forderung schlossen sich aufgrund billiger Getreideimporte aus den USA und Rußland die Landwirtschaft und auch weite Kreise der Öffentlichkeit an. Deshalb ergriff Bismarck unter dem Druck fahrender Kreise des Kaiserreichs staatliche Schutzmaßnahmen, die als "Schutzzollpolitik", "Protektionismus" oder "Neomerkantilismus" bezeichnet werden. Obwohl der letzte Begriff in der Literatur oft verwendet wird, ist er umstritten. Henning z. B. weist darauf hin, daß die deutschen Verhältnisse mit diesem Begriff, der im übrigen nicht exakt definiert sei, nicht treffend charakterisiert werden könnten.

Mit folgenden Maßnahmen versuchte Bismarck, eine Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in Deutschland zu erreichen:

- Im November 1875 kündigte er dem Bundesrat Schutzzölle für die Landwirtschaft und die Industrie an. Dieser Politik widersetzten sich die Liberalen und die Mehrheit der Nationalliberalen heftig. Im Reichstag fand sich die Mehrheit der Befürworter der staatlichen Schutzzollpolitik in der "Volkswirtschaftlichen Vereinigung des Reichstags" zusammen;

- 1877 wurden ausländische Eisenerzeugnisse mit Zöllen belegt;
- 1879 belastete das Schutzzollgesetz auch ausländisches Roheisen;
- Einfuhrzölle auf Getreide und Vieh wurden zum Schutz der deutschen Landwirtschaft erlassen.

Die betroffenen Wirtschaftsbereiche ergänzten die staatlichen Maßnahmen des öfteren durch eigene:

- Gründung von Kartellen und kartellähnlichen Zusammenschlüssen zur Regulierung von Preisen, Produktionszahlen und Absatzgebieten;
- Gründung von Verbänden, die spezifische Interessen gegenüber der Regierung und anderen staatlichen Institutionen vertreten sollten.

2. Folgen und Auswirkungen

Die staatliche Protektionspolitik, die bis zum Ende des Jahrhunderts Gültigkeit hatte, brachte eine Reihe von Folgen und Auswirkungen mit sich:

- Die Einfuhrzölle auf Getreide und Vieh verteuerten die Lebenshaltungskosten erheblich;
- die Schutzzollpolitik begünstigte zwar die einheimische Industrie und Landwirtschaft. Da jedoch mit Ausnahme Großbritanniens, Dänemarks und der Niederlande alle europäischen Staaten ebenfalls zu protektionistischen Maßnahmen griffen, verschlechterte sich der Export deutscher Waren. Dies betraf vor allem den Maschinenbau, die Elektro- und chemische Industrie;
- insgesamt profitierten langfristig sowohl die Industrie als auch die Landwirtschaft von der Schutzzollpolitik.

